

## Tadschikistan verteidigt Säkularismus

ENTZUG DER STAATSANGEHÖRIGKEIT FÜR TERRORISTEN<sup>1</sup>

**Frankreich, Tunesien, Kuwait. Terror und Mord im Namen des radikalen Islamismus reißen derzeit nicht ab. Die Weltgemeinschaft sucht nach einer entschiedenen Antwort auf diese Bedrohung, eine Lösung scheint bislang aber nicht in Sicht zu sein.**

In Zentralasien halten die säkularen Regierungen die islamistische Gefahr überwiegend autoritär, aber einigermaßen effektiv unter Kontrolle. Dennoch wachsen Angst und Vorsicht vor islamistischen Bedrohungen. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu terroristischen Anschlägen.

In Tadschikistan tobte zwischen 1993 und 1997 ein blutiger Bürgerkrieg zwischen säkularen



*Präsidentenpalast in Duschanbe.*

und islamistischen Kräften, der geschätzte 100.000 Todesopfer forderte. Daher entschloss sich die Regierung nun zu einer nachdrücklichen Maßnahme: Die zentralasiatische Republik, bis 1991 eine Sowjetrepublik im Verbund der UdSSR, entzieht ab sofort ihren Landsleuten die Staatsbürgerschaft, sobald sie sich einer terroristischen Organisation im Ausland anschließen<sup>2</sup>.

Aktueller Anlass für diesen Schritt ist das Überlaufen des Chefs der tadschikischen Sondereinheit „Omon“, Gulmorod Chalimow, im Mai 2015 zum sogenannten Islamischen Staat.

Die Spezialeinheit „Omon“ ist ausgerechnet für die Terrorabwehr zuständig. Chalimow hatte in den vergangenen Jahren mehrfach an Ausbildungskursen in den USA und in Russland teilgenommen. Er gehörte außerdem der Einheit an, die den tadschikischen Präsidenten, Emomali Rahmon, bewacht.

<sup>1</sup> Mitarbeit bei der Recherche: Benedikt Keinath; Fotos: Thomas Kunze/Markus Rosenberger

<sup>2</sup> [http://parlament.tj/ru//index.php?option=com\\_content&view=article&id=1384](http://parlament.tj/ru//index.php?option=com_content&view=article&id=1384) (letzter Zugriff: 25. Juni 2015)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## TADSCHIKISTAN

DR. THOMAS KUNZE

Juni 2015

[www.kas.de/zentralasien](http://www.kas.de/zentralasien)

Der Übergelaufene drohte jetzt, mit schwarzem Kopftuch und Maschinengewehr im Arm, über das Internet: „Hört Amerikaner, ihr Schweine. Ich war dreimal in Amerika, und ich sah wie ihr Kämpfer ausbildet, um Muslime zu töten“ (...) „Wenn Gott will, komme ich mit dieser Waffe in eure Städte, in eure Häuser und töte euch.“ Gleichzeitig drohte er Russland, vor allem aber seiner früheren Heimat Tadschikistan: „Hört ihr Hunde, Präsident und Minister, wenn ihr nur wüsstet, wie viele unserer Brüder hier sind, ungeduldig auf eine Rückkehr nach Tadschikistan wartend, um dort die Scharia einzuführen.“<sup>3</sup> Er forderte die Tadschiken auf, sich dem Kampf des „Islamischen Staates“ anzuschließen.



*Tadschikistan und Afghanistan werden durch den Grenzfluss Pandsch getrennt. Der Übertritt ist problemlos möglich.*

torium ist nicht auszuschließen. Die Grenze zu Afghanistan ist 1300 Kilometer lang und schlecht zu sichern.

Nach einem Friedensabkommen, das 1997 den blutigen tadschikischen Bürgerkrieg beendete, kehrte zwar Frieden und eine gewisse Stabilität zurück. Die Spannungen sind aber noch nicht überwunden. Der tadschikische Präsident steht vor einem schwierigen Spagat. Seine Regierung versucht einerseits, islamistische Bedrohungen im Keim zu ersticken, wobei es auch zu Kollateralschäden kommt und nicht islamistische, oppositionelle Kräfte unter Generalverdacht geraten. Andererseits gibt es in Tadschikistan, als einzigem postsowjetischen Land, eine offiziell zugelassene islamische Partei („Partei der islamischen Wiedergeburt“). Der Friedensvertrag von 1997 garantierte ihr weiteres Bestehen, und Armut und wirtschaftliche Stagnation begünstigten lange Zeit deren Akzeptanz in der Bevölkerung. Radikale Kräfte innerhalb des islamischen Spektrums warfen der Führung der Wiedergeburtspartei jedoch immer wieder die Kapitulation vor dem Säkularismus vor. Zwar gelang es der Partei, sich weiterhin als einzige islamische Partei Zentralasiens zu behaupten, jedoch wurde sie in den vergangenen Jahren von der Regierung zunehmend marginalisiert, die sie seit 2011 auch als „fundamentalistisch“ einstuft.<sup>4</sup> Seit der letzten Parlamentswahl (2015) ist sie nicht mehr im Parlament vertreten.

Die Zahl der Tadschiken, die für den „IS“ kämpfen, wird vom tadschikischen Sicherheitsdienst mit bereits 400 angegeben, sie dürfte aber größer sein. Zudem ist auch der Norden Afghanistans von Tadschiken bevölkert, hier sind die Abwanderungsbewegungen schwer zu beurteilen.

Die Frage der islamistischen Bedrohung gewinnt für das säkulare Tadschikistan zunehmend an Bedeutung. Ein Einsickern islamistischer Kräfte auf das eigene Territorium

<sup>3</sup> <http://www.nzz.ch/international/vom-us-camp-in-den-jihad-1.18551486> (letzter Zugriff: 24. Juni 2015)

<sup>4</sup> Eurasia.net, 3. Februar 2011

## TADSCHIKISTAN

DR. THOMAS KUNZE

Juni 2015

[www.kas.de/zentralasien](http://www.kas.de/zentralasien)

Das Vakuum, das der Bedeutungsverlust der „Partei der islamischen Wiedergeburt“ hinterließ, erleichterte den Aufstieg radikaler Gruppen in Tadschikistan. Die bedeutendste unter ihnen ist die Hizbut-Tahrir („Islamische Partei der Befreiung“), die auch in anderen zentralasiatischen Ländern Fuß fassen konnte.

Die 1953 in Ost-Jerusalem gegründete islamistische Organisation agierte zunächst als ein Ableger der Muslimbruderschaft im Nahen Osten. Später erweiterte sie ihren Aktionsradius und entwickelte sich zu einem transnational agierenden Netzwerk. In mehreren Ländern,

darunter auch in Deutschland, hat Hizbut-Tahrir Betätigungsverbot.



*Vereinzelte Grenzsicherungsanlagen an der tadschikisch-afghanischen Grenze.*

Bereits in den 1980er Jahren gelang es Hizbut-Tahrir, Propaganda-Schriften in die „Sozialistischen Sowjetrepubliken“ Mittelasiens zu schleusen. Die ersten Zellen der Organisation wurden im Fergana-Tal aktiv. Von hier aus breitete sie sich auf weitere Regionen Zentralasiens aus. Hizbut-Tahrir verurteilt offen die säkulare Staatsform, die sie durch die Schaffung eines „islamischen Kalifats“ ablösen möchte. Ideologische Anknüpfungspunkte zur Terrormiliz „Islamischer Staat“, die sich bereits als „Kalifat“ versteht, gibt es deshalb genug. Die Zellen der Bewegung trugen in den letzten Jahren in Tadschikistan maßgeblich zur Radikalisierung junger Muslime bei. An Popularität konnte sie vor allem bei jungen desillusionierten Tadschiken gewinnen, die kaum Arbeit finden können. Durch massenhafte Verbreitung von Literatur, CD´s und Internetpropaganda wirbt Hizbut-Tahrir für ein Kalifat und stößt mit ihrer Behauptung, nur ein islamischer Staat könne die gravierenden sozialen und ökonomischen Probleme des Landes lösen, in der Region auf offene Ohren.<sup>5</sup>

Die Propaganda von Hizbut-Tahrir führt deren Anhänger nicht selten gewaltbereiteren radikal-islamistischen Gruppen wie der Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU) zu. Die IBU ist die militanteste radikale islamistische Organisation in Zentralasien. Ihre früheren Anführer, Dschuma Namangani und Tahir Juldaschew, forderten bereits 1991, unmittelbar nach dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion, die usbekische Regierung im Fergana-Tal heraus. Eine aufgeputschte Menge stürmte damals Behörden und öffentliche Gebäude und forderte die Errichtung eines Gottesstaates. Der usbekische Präsident, Islam Karimow, konnte den Aufstand zunächst durch Verhandlungen und dann durch hartes Durchgreifen beenden. Juldaschew und Namangani flohen nach Tadschikistan, später nach Afghanistan und Pakistan. Namangani wurde 2001 bei einer US-amerikanischen Aktion in Nordafghanistan ge-

<sup>5</sup> Tajikistan Country Report 2014, in: World Almanac of Islamism, American Foreign Policy Council

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## TADSCHIKISTAN

DR. THOMAS KUNZE

Juni 2015

[www.kas.de/zentralasien](http://www.kas.de/zentralasien)

tötet. Juldaschew starb im August 2009 durch einen amerikanischen Drohnenangriff in Südwasiristan, einer Bergregion im nordwestlichen Pakistan.

Die IBU konnte durch die usbekischen Sicherheitskräfte weitestgehend aus Usbekistan vertrieben werden. Viele ihrer Aktivisten schlossen sich daraufhin der islamischen Opposition in Tadschikistan an, um diese im Bürgerkrieg gegen die Regierung Rahmon zu unterstützen.<sup>6</sup> Als es dort jedoch 1997 zum Friedensschluss kam und die islamische Opposition einer Regierungsteilnahme den Vorzug gab, verbündeten sich die Kämpfer der IBU mit den Taliban und wurden im Norden Afghanistans aktiv. Auch die Verbindungen zu Al-Kaida sind eng.

Von der IBU spaltete sich später die Islamische Dschihad-Union (IJU) ab. Nachdem die deutsche Polizei 2007 drei Mitglieder der Islamischen Dschihad-Union im Sauerland festgenommen hatte, mussten Sicherheitsexperten konstatieren, dass der aus Zentralasien stammende Terrorismus auch zu einer unmittelbaren Bedrohung für Deutschland geworden war.

Das Ziel der islamistischen Bewegungen in Zentralasien liegt organisationsübergreifend darin, die säkularen Regierungen zu stürzen. In Tadschikistan wurden islamistische Aktivisten in den vergangenen Jahren von Seiten der Regierung mit mehreren Anschlägen in Verbindung gebracht, so unter anderem mit einem Angriff auf ein Hochsicherheitsgefängnis im Jahr 2010.<sup>7</sup>

### Maßnahmen der tadschikischen Regierung

Präsident Rahmon und die tadschikischen Sicherheitskräfte reagierten auf den Angriff mit exemplarischer Härte. Hierfür steht die groß angelegte Militäroperation zwischen September 2010 und November 2011, die auf die Anschläge folgte. Damals kämpften Regierungstruppen im Rascht-Tal gegen islamistische Kräfte, die sich in dieses Gebiet zurückgezogen hatten.



Markt für Afghanen in Tadschikistan.

Vorübergehend stellte die Regierung diesen Teil des Landes unter vollständige Kontrolle des Militärs. Den Soldaten gelang es während der Operation, einflussreiche Islamisten zu neutralisieren sowie die flüchtigen Insassen, die aus dem Hochsicherheitsgefängnis ausgebrochen waren, entweder zu liquidieren oder erneut festzusetzen. Insgesamt fielen dieser Operation mehr als 100 Menschen zum Opfer.<sup>8</sup>

<sup>6</sup> Jamestown.com, 3. Oktober 2012 (letzter Zugriff: 3. März 2015)

<sup>7</sup> Vgl. McGregor Andrew (2014): *Radical Islamic Groups in Central Asia and their External Contacts*, in: *Central Asia and the Northern Caucasus: Salafis, Shi'ites, and Jihadists*, al-Mesbar Studies and Research Center, S. 105-126

<sup>8</sup> Tajikistan Country Report 2014, in: *World Almanac of Islamism*, American Foreign Policy Council

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## TADSCHIKISTAN

DR. THOMAS KUNZE

Juni 2015

[www.kas.de/zentralasien](http://www.kas.de/zentralasien)

Häufig ist die tadschikische Staatsmacht aber auch in Auseinandersetzungen mit lokalen Oppositionsnetzwerken verstrickt oder sorgt mit allzu autoritären Maßnahmen für Unwillen. Dies macht die Suche nach effektiven Mitteln, die einer islamistischen Bedrohung vorbeugen können, umso komplexer. Denn diese Bedrohung ist für den Staat existentiell.

Innenpolitisch versucht die tadschikische Regierung dem Problem des islamistischen Radikalismus vor allem restriktiv zu begegnen. Islamistische Bewegungen wurden verboten (Hizbut-Tahrir im Jahre 1999). Das öffentliche Tragen religiöser Kleidung wie dem Hijab steht seit 2006 unter Strafe. Ein Gesetz regelt seit 2009 die Religionsausübung, die unter staatliche Aufsicht gestellt wurde.



*Moschee im tadschikischen Teil des Fergana-Tals.*

Es gibt Obergrenzen für den Bau von Moscheen, und das Gesetz gewährt dem Staat gleichzeitig Mitspracherecht bei der Ernennung von Imamen. Darüber hinaus regelt es den Import und die Überwachung des religiösen Materials, das von tadschikischen Organisationen verwendet wird.<sup>9</sup> Vertreter der internationalen Gemeinschaft, darunter die EU und die OSZE, kritisieren Teile des Gesetzes, was daraufhin wieder etwas liberalisiert wurde. Bei aller Kritik darf aber nicht vergessen werden, dass die tadschikische wie auch alle anderen zentralasiatischen Regierungen mit dem Problem konfrontiert sind, dass sich unter dem Deckmantel des Rechts zur freien Religionsausübung radikale islamistische Bewegungen formiert haben, die die Stabilität und den säkularen Charakter der Staaten in Mittelasien bekämpfen.

### Ausblick

Eine gute Regierungsführung, wirtschaftlicher Aufschwung, auch gut ausgebildete Sicherheitskräfte sind die Voraussetzung, um gegen die in Zentralasien vorhandene islamistische Gefahr vorzugehen. Die Flucht des Chefs der tadschikischen Sondereinheit „Omon“, Gulmorod Chalimow, ist ein Schlag ins Gesicht der säkularen Kräfte in Tadschikistan und darüber hinaus in den anderen zentralasiatischen Staaten. Die Grenze zu Afghanistan ist de facto offen, und der eingeleitete Abzug der ISAF-Truppen aus Afghanistan birgt neue Risiken. Nicht nur von Regierungsseite mehren sich die Warnungen, die IBU könne durch ein erneutes Vorrücken der Taliban im Norden Afghanistans wieder Tadschikistan bedrohen und Terroristen ins Land einschleusen. In Anbetracht der Tatsache, dass die IBU an erheblichen Gewinnen aus dem grenzüberschreitenden Drogenhandel beteiligt ist, erscheinen solche Warnungen nicht unberechtigt.<sup>10</sup>

<sup>9</sup> Tajikistan USCIRF Annual Report 2014

<sup>10</sup> Luke Falkenburg (2013): Trafficking Terror in Tajikistan, in: Military Review, July/August 2013, S. 7-15

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

TADSCHIKISTAN

DR. THOMAS KUNZE

Juni 2015

[www.kas.de/zentralasien](http://www.kas.de/zentralasien)



*Grenzübergang Tadschikistans nach Afghanistan bei Iskaschim.*

Die tadschikische Regierung muss daher, wie bereits geschehen, vermehrt ihren Fokus auf die Sicherung der Grenzen zu Afghanistan legen. Richtig ist ihr Werben um Unterstützung bei internationalen Organisationen, die ihr in dieser Angelegenheit behilflich sein können. Zuletzt sicherte ihr Russland am 6. November im Rahmen eines Treffens der OVKS (Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit) weitere finanzielle und personelle Unterstützung in Bezug auf den Schutz der Grenze zu. Auch der OSZE kann zukünftig eine Rolle bei der Sicherung der Grenze zukommen, vor allem in Bezug auf die Eindämmung des Drogenhandels. Der Außenminister Tadschikistans führte hierzu bereits im September 2014 Gespräche mit dem Generalsekretär der Organisation.

Die tadschikische Regierung muss daher, wie bereits geschehen, vermehrt ihren Fokus auf die Sicherung der Grenzen zu Afghanistan legen. Richtig ist ihr Werben um Unterstützung bei internationalen Organisationen, die ihr in dieser Angelegenheit behilflich sein können. Zuletzt sicherte ihr Russland am 6. November im Rahmen eines Treffens der OVKS

(Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit) weitere finanzielle und personelle Unterstützung in Bezug auf den Schutz der Grenze zu. Auch der OSZE

kann zukünftig eine Rolle bei der Sicherung der Grenze zukommen, vor allem in Bezug auf die Eindämmung des Drogenhandels.



*Gemeinsame Konferenz der KAS, des tadschikischen Außenministeriums und der Nationalen Assoziation für unabhängige Medien Tadschikistans zum Thema „Islamischer Radikalismus als Herausforderung für die säkularen Staaten. Gefahren für Jugend“ im April 2015 in Duschanbe.*

Anhand der Länder, in denen der zum „IS“ übergelaufene Chalimow in der Vergangenheit Ausbildungslehrgänge absolviert hatte, sieht man, welche Staaten faktisch ähnliche Interessen in Zentralasien haben: Russland und die USA. Im Fall von Chalimow konnte die Ausbildung zwar nicht verhindern, dass er sich der Terrormiliz „IS“ anschloss. Doch der Umstand, dass sich Russland und die USA in Tadschikistan engagieren, liegt darin begründet, dass beide Länder ein Ausbreiten des Islamismus nach Zentralasien verhindern wollen. Tadschikistan, schon zu Sowjetzeiten das ärmste Land im Staatenverbund der UdSSR, ist das ärmste Land Zentralasiens geblieben und böte radikalen Kräften am ehesten ein Einfallstor. Der Westen, Russland, aber auch China, das wirtschaftlich sehr erfolgreich und aktiv in Zentralasien unterwegs ist, müssen ihre Kräfte bündeln, um Tadschikistan wie auch die anderen säkularen Staaten Zentralasiens im Kampf gegen die aufkeimende Terrorgefahr zu unterstützen und in ihrer Kooperation - bei weitem nicht nur in Zentralasien - Prioritäten setzen. Für einen neu aufflammenden Kalten Krieg ist angesichts der Entwicklung des Islamismus zu einer neuen totalitären Gefahr keine Zeit.

Hizbut-Tahrir, die Islamische Bewegung Usbekistans, die Islamische Dschihad Union, Taliban, Al-Kaida, der sogenannte Islamische Staat: die mögliche Kooperation solcher Organisationen darf in Zentralasien keine Eigendynamik entwickeln. Ungeachtet vieler innerer Widersprüche, Mängel und Probleme sind die säkularen Länder Zentralasiens - Tadschikistan, Usbekistan, Kirgistan, Kasachstan und Turkmenistan - Partner, die der Unterstützung bedürfen. Noch sind dort die Verhältnisse relativ stabil und die Länder, einschließlich Tadschikistan, sind offen für die Kooperation mit dem Westen.